

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : neues Waffengeklirr ; Es geht um die Wirtschaft ; Aufgabe und Versagen ; Die Kongokrise ; Die kubanische Revolution ; Die grosse Reform ; Kommunismus?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140484>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

de Castros mißfällt, möchte man empfehlen, die Berichte über das neue China von *Lord Boyd ORR* oder *Peter Townsend* zu studieren. Sie können mit dem besten Willen nicht als «kommunistisch verseuchte» Schönfärber bezeichnet werden, kommen aber, was die Fortschritte Chinas in den letzten zehn Jahren anbelangt, zum selben Resultat. Selbst der Herausgeber der «*Revue économique*», der sich in seiner Antwort an den Kritiker dagegen verwahrt, den Enthusiasmus de Castros oder die Ideen der chinesischen Regierung zu teilen, muß gestehen, daß der «Dynamismus dieses Volkes etwas Begeisterndes hat». Es kommt doch nicht von ungefähr, daß ein oft gehörtes Wort im alten China hieß: «Es gibt keinen Weg» (aus unserer Misere). Heute sagt man dort «*Yo banfa!*» — «Es gibt einen Weg». Red.

WELTRUNDSCHE

Neues Waffengeklirr

Der Sommer, der wieder keiner war, neigt sich seinem Ende zu, ohne daß es zu dem kriegerischen Zusammenstoß der beiden Machtländer gekommen wäre, den viele, offenbar in Erinnerung an die unheilvollen Sommer von 1914 und 1939, befürchtet haben. Aber daß der kalte Krieg in aller Form weitergeht, das lehrt uns ja sozusagen jeder Tag. Man ersieht das nicht zuletzt an dem neuen Rüstungsprogramm, das Präsident *Eisenhower* am 8. August verkündet hat: Vermehrte Flugzeugträger für die Flotte, mehr Polaris-Unterseeboote und Raketen, erhöhtes Tempo der Operationen des strategischen Bomberkommandos, beschleunigte Entwicklung des Überschallbombers B-70, erhöhte Schlagkraft der Landstreitkräfte, Verbesserung der Alarmbereitschaft aller Waffen usw. Die Begründung ist natürlich die «verschärfte Aggressivität der Sowjetunion», die jetzt in der westlichen Phantasie eine so große Rolle spielt; Präsident Eisenhower hat in seiner Botschaft ausdrücklich von einem kommunistischen Imperialismus gesprochen, der sich «die Eroberung der gesamten Welt zum Ziel gesetzt» habe, und Kardinal Spellman sekundierte ihn wacker mit seiner Brandrede am Münchener Eucharistischen Weltkongress (eine Million Teilnehmer!), in der er die «sowjetischen Tyrannen» anprangerte, «die wie eine Bestie, die Blut geleckt hat, nun von Macht trunken geworden sind, aber die Besiegten von morgen sein werden».

Das gleiche Waffengeklirr wie aus Amerika hört man — selbstverständlich — aus *Westdeutschland*, dessen Wiederaufrüstung, wie der ehemalige Nazigeneral Hans Speidel, jetzt Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, unlängst feststellte, die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen in den letzten Jahren gewesen

sei. Und diese Aufgabe, so fügte er hinzu, werde auch künftighin planmäßig weitergeführt werden, eingeschlossen die Ausstattung der bundesdeutschen Wehrmacht mit atomaren Raketenwaffen. Auf diesen Punkt legte eine an alle Soldaten der westdeutschen Armee verteilte Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr besonderes Gewicht — eine Kundgebung, die in einer peinlich an Hitler erinnernden Sprache der Bonner Regierung Mut machen wollte, ihre «Politik der Stärke» weiter zu verfolgen und unter Ablehnung aller Neutralitätslockungen fest und treu zu den Westmächten zu stehen. Der «einzig mögliche» Feind, der Deutschland bedrohe, sei ja der Kommunismus; «das Ziel des Gegners», so erklären die westdeutschen Generäle, sei «die Bolschewisierung Deutschlands», und die militärischen Forderungen der Führer der Bundeswehr müßten «den Worten unserer zivilen politischen Führung Macht und Gewicht verleihen können». So redet man heute an einflußreichster Stelle der westdeutschen Republik!

Es ist zwar schwer zu glauben, daß die verantwortlichen Führer der westlichen Welt von der Bereitschaft der Sowjetunion überzeugt seien, durch den Versuch einer «Eroberung der ganzen Welt» Selbstmord im Kolossalstil zu begehen. Ganz gewiß träumt man in Moskau davon, daß die ganze Welt einmal kommunistisch sein werde. Aber ebenso gewiß ist man in Moskau überzeugt, daß es nicht auf dem Weg militärischer Eroberungen dazu kommen werde. «Es erscheint mir unglaublich», schreibt R. H. S. Crossman, der englische Labourpolitiker, in seinem Büchlein «Labour in the Affluent Society», «daß Chruschtschew den Fehler begehen wird, die Westmächte vor dem bequemen Fortgang der friedlichen Entartung zu retten, die bei ihnen jetzt begonnen hat. Denn der Kreml ist jetzt überzeugt, daß das einzige, was den schließlichen Sieg des Weltkommunismus verhindern könnte, ein atomarer Krieg ist. Seine Entschlossenheit, die friedliche Koexistenz zu betätigen, ist darum ein Zeichen nicht von Schwäche, sondern von Selbstvertrauen. Wenn er uns herausfordert, sofort abzurüsten und uns auf einen friedlichen Wettbewerb einzulassen, so tut er das, weil er sicher ist, daß er den Wettstreit gewinnen wird.»

Den Westen zu veranlassen, endlich den Kalten Krieg abzublasen, den er angesichts der gewaltigen sowjetischen Atomwaffenrüstung ja doch nicht mehr gewinnen könne, und auf Verhandlungen über den Verzicht auf die Militarisierung Westdeutschlands und auf die amerikanischen Militärstützpunkte im Ausland einzutreten — das ist tatsächlich der Hauptzweck der «aggressiven Sprache», deren sich die Sowjetführung seit der großen Enttäuschung mit der Gipfelkonferenz befleißigt. Dazu kommt freilich besonders bei Chruschtschew das Bestreben, den Kritikern seiner Koexistenzpolitik zu beweisen, daß er aus seinem Hereinfall auf die Verhandlungsbereitschaft Eisenhowers und Macmillans etwas gelernt habe und es sehr gut verstehe, auch mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Wie sehr der sowjetische Ministerpräsident hier besonders auch mit den *Chinesen* zu rechnen hat,

geht aus einem Bericht aus Peking hervor, den Raffaelo Ubaldi dem Pariser «Observateur» (10. August) übermittelt hat. Man höre, so heißt es darin, in den Reihen der mittleren Partefunktionäre häufig Äußerungen wie die: «Wir wollen keinen Krieg, aber wir haben vor ihm auch keine Angst. Wenn der Krieg durch die Schuld des Imperialismus ausbrechen sollte, so wird es sicher *er* sein, der ihn verlieren und vernichtet werden würde. Es könnte zwar sein, daß im Laufe des Zusammenstoßes 200 Millionen Chinesen den Tod fänden. Aber dank den Mitteln der modernen Technik werden wir China rasch wieder-aufbauen können. Und zum mindesten werden wir dann ein- für alle-mal den Imperialismus los sein.» In China fürchte man, so bemerkt Ubaldi, eine sowjetisch-amerikanische Verständigung könne unter den gegenwärtigen Umständen auf Kosten Chinas erfolgen und werde auf jeden Fall die kapitalistische Welt mehr begünstigen als die kommunistische. Die Revolution gegen Kapitalismus und Imperialismus, be-sonders in Afrika und Lateinamerika, sei bereits im Gang und könne durch eine Politik friedlicher Koexistenz nur verzögert werden. Die Pekinger Regierung habe für den Augenblick ein Interesse daran, «in China eine Atmosphäre der Hetze (excitation) gegen Amerika und den Westen zu erzeugen, wie sie in keinem anderen östlichen Land besteht».*

Es geht um die Wirtschaft

Die Sowjetführung fühlt sich auf jeden Fall genötigt, solchen in China offenbar weitverbreiteten Stimmungen Rechnung zu tragen und namentlich die Revolte der kolonialen und halbkolonialen Völker ge-gen den europäisch-amerikanischen Kapitalismus durch dramatische Gebärden zu unterstützen. Siehe Chruschtschews Drohungen mit einem Eingreifen im Kongo und in Kuba und nicht zuletzt die bisher vorsichtig zurückgehaltene, nun aber offen bekundete Sympathie Moskaus mit dem algerischen Freiheitskampf. Ob es dem Kreml mit einer allfälligen militärischen Unterstützung der sozialen und na-tionalen Revolutionen unterentwickelter Länder wirklich ernst ist, darf bezweifelt werden; im «New Statesman» (30. Juli) wird mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Sowjetunion den größten Wert auf ihre guten Beziehungen mit Indien lege, die niemals besser gewesen seien als jetzt, aber schwer geschädigt werden müßten, wenn Moskau.

* Die hier geschilderte Atmosphäre in China hat offenbar zu einer ernstzunehmenden Entfremdung zwischen Moskau und Peking geführt, die ihren Ausdruck unter anderem in einem fast völligen Rückzug der Russen aus der chinesischen Wirtschaft und aus der kulturellen wie der propagandistischen Zusammenarbeit beider Völker findet. Und daß das milde Urteil des Moskauer Militärgerichtes im Falle des amerikanischen Militärsplions Powers auch nicht geeignet ist, die chinesischen «Harten» zufriedenzustellen, liegt auf der Hand. Dafür hat Moskau mit diesem Urteil und der ganzen anständigen Prozeßführung in der westlichen Welt entschieden einen guten Eindruck gemacht.

irgendwo militärisch auftrumpfen würde. Die Sowjetpolitik tue darum für die *wirtschaftliche* Förderung Indiens mehr als für die Entwicklung irgendeines anderen Landes außerhalb ihres eigenen Lagers — und die Wirtschaft ist denn auch unstreitig das Hauptfeld, auf dem Moskau den Wettkampf mit dem Westblock auch in anderen Ländern auszutragen gedenkt. Hier hat der Kommunismus, wie Crossman in der angeführten Schrift darlegt, in der Tat die größte Aussicht, das Rennen zu gewinnen. Man solle ja nicht, so warnt er, auf eine Schwächung des Sowjetregimes durch eine allmähliche Liberalisierung seiner Einrichtungen zählen; es werde im Gegenteil unwiderstehlich werden, wenn es seiner wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit auch die Kraft beifüge, die aus freiheitlichen politischen Einrichtungen fließe. Die Plan- und Gemeinwirtschaft, wie sie die Sowjetunion entwickelt habe, sei der ungeplanten Wirtschaft der kapitalistischen Welt, in der allein die organisierten Geldmächte die wesentlichen Entscheidungen fällten, offenkundig immer überlegen. «In unserer Überflussgesellschaft bekommt es zwar der einzelne schneller gut und behaglich, aber die Gesamtheit wird noch schneller schwächer und schwächer . . . Die demokratische Beherrschung der Kräfte, die die soziale und politische Entwicklung bestimmen, geht (im Westen) ständig zurück und damit auch die Fähigkeit der Nation, als Nation zu handeln, und diejenige des Volkes, einen freien demokratischen Willen auszuüben. Wenn die westliche Welt von den schrecklichen Übeln des Totalitarismus frei ist, wie sie es sicherlich ist, so ist sie das Opfer einer noch verderblicheren Krankheit — des Aufkommens einer modernen Feudalherrschaft, die unsere Demokratie erwürgt, bevor sie noch Zeit gehabt hat, groß zu werden.»

Vor diesem modernen Feudalismus und «neuen Despotismus», wie Crossman die geballte wirtschaftliche und politische Macht des Spätkapitalismus nennt, schließen freilich die meisten Freiheitsschwärmer im Westen beharrlich die Augen. Sie tun so, als sei die Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts immer noch dasselbe, was sie im 17., 18. und 19. Jahrhundert war, als das junge Bürgertum die Fesseln der Feudalherrschaft und des Staatsabsolutismus sprengte und seine manchmal ziemlich blutigen Revolutionen machte, und wollen nicht zugeben, daß dieses Bürgertum längst selber konservativ, ja reaktionär geworden ist und die *heute* fällige, die *soziale* Revolution mit allen Mitteln staatlicher Gewalt, auf nationalem wie auf internationalem Boden, wütend bekämpft. Sie erkennen nicht die Notwendigkeit, die unheilvolle Verkettung von Demokratie und Kapitalismus — den Mißbrauch demokratischer und liberaler Einrichtungen zur Stützung der kapitalistischen Klassenherrschaft — aufzulösen und die politische Volksherrschaft und Volksfreiheit auf die soziale und wirtschaftliche Demokratie zu gründen. Ihre Art und Weise, die Freiheit zu verteidigen, ist dadurch von vornherein zu tragischem Mißerfolg verurteilt. Das wurde schon klar im Kampf gegen den Faschismus, genügte es

doch längst nicht, den Faschismus und Nazismus durch isolierte politische Abwehr und gar durch militärische Niederwerfung zu «erledigen». Und es genügt erst recht nicht, den Kommunismus politisch-militärisch zu bekämpfen, den Kapitalismus aber und die auf ihm beruhende gesellschaftliche Ordnung bestehen zu lassen. Die Folge wird nur sein, daß der *in erster Linie* notwendige Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus mit seinen tödlichen Gefahren für Frieden und Freiheit zum Monopol der Kommunisten wird, die ihn *ohne* die so schwer entartete politische Demokratie überwinden wollen.

Ähnliches gilt vom «christlichen» Antikommunismus. Ein verbürgerlichtes Kirchentum, das tatsächlich dem widergöttlichen Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus zu Diensten steht, ist tatsächlich zur stärksten Stütze des weltanschaulichen und sozialen Materialismus geworden, wie er sich im Kommunismus verkörpert hat. Vom weltlich-materialistischen Standpunkt aus ist eben der Kommunismus wirklich die vollkommen logische Folgerung aus der heutigen gesellschaftlichen und politischen Lage, und wenn ich Atheist wäre, so wäre ich schon längst Kommunist geworden. Weil aber die Welt heute ganz überwiegend atheistisch ist — die gewaltige Mehrheit der Menschen lebt ja ohne Gott dahin —, wird sie auch immer anfälliger für den Kommunismus, und die verbürgerlichte Christenheit wird sich damit halt einfach abfinden müssen. *Tua culpa, tua maxima culpa!* (Es ist deine eigene Schuld, deine ganz große Schuld!)

Aufgabe und Versagen

Crossman sieht durchaus richtig, wenn er es als Aufgabe eines freiheitlichen Sozialismus erklärt, «seine Politik neu zu formen, so daß sie zur unmittelbaren Herausforderung der Überflußgesellschaft (des Kapitalismus. H. K.) wird», und vor der kommenden Krise warnt. Diese Krise, die er als Ausdruck der Unterlegenheit der bürgerlich-kapitalistischen Welt und ihrer Zivilisation gegenüber der östlich-kommunistischen Völkergemeinschaft drohend nahen fühlt, könne aber nicht durch einen Atomkrieg überwunden werden. Sie verlange vielmehr eine eigentliche wirtschaftliche und soziale Umwälzung in Gestalt einer scharfen grundsätzlichen Absage an den Kapitalismus und der Ausweitung der plan- und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsformen zum herrschenden Wirtschaftstyp.

Das ist nur zu richtig. Aber wo ist in den sich sozialistisch-demokratisch heißen Parteien des Westens ein Wille zu solch radikaler Neuorientierung zu bemerken? Sind sie — mit wenigen Ausnahmen — nicht vielmehr einfach Anhängsel und Stützen der alten, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und Politik, deren verlogene Freiheitslösungen auch sie getreulich nachbeteten? Hat nicht ihr blinder Antikommunismus sie schon längst unfähig zu einer im besten Sinn revolutionären Haltung gemacht, ja sie zu einer der verlässlichsten Kampf-

truppen der Gegenrevolution werden lassen? Und wurstelt darum das kapitalistische Bürgertum nicht in fröhlicher Unbefangenheit fort, nur dann und wann aufgeschreckt durch die innere Gewißheit, daß «die Füße derer, die es hinaustragen werden, schon vor der Türe stehen» (Apostelgeschichte 5, 9)?

In den *Vereinigten Staaten*, wo es überhaupt keine ernsthaft ins Gewicht fallende sozialistische Bewegung mehr gibt und wo die Gewerkschaften jeweilen der meistbietenden kapitalistischen Gruppe den Zuschlag geben, wird jetzt zwar bald der Präsidentschaftswahlkampf in vollen Gang kommen — aber was für ein grundsätzlicher, irgendwie tiefgehender Unterschied zwischen dem Programm des demokratischen und demjenigen des republikanischen Kandidaten besteht, ist schwer zu sagen. Hier kämpfen einfach zwei Gruppierungen des gleichen Bürgertums um den Zugang zur Staatsmacht, und die Sieger verteilen dann die Beute untereinander, wobei sich natürlich Rom, dessen Kandidat der schwerreiche Kennedy ist, auch ein saftiges Stück verspricht. Spellman und seine Leute reiben sich schon die Hände. Außenpolitisch wird sich auf jeden Fall unter dem neuen Präsidenten nichts wirklich Grundlegendes ändern.

In *Kanada* scheint die Sorge, daß man von den Vereinigten Staaten auf böse Wege geführt werden könne, einigermaßen um sich zu greifen; sogar vom früheren (liberalen) Außenminister Lester Pearson werden Äußerungen berichtet, die die konservative Regierung auffordern, sich von der «amerikanischen Hörigkeit» zu befreien. Aber vorerhand predigt der Mann eben tauben Ohren.

Stärker ist die «Los-von-Amerika»-Bewegung in *Großbritannien*, wo große Gewerkschaften auf einseitige Abrüstung drängen und auf dem Labourparteitag scharfe Auseinandersetzungen über den Kurs der Außen- wie der Innenpolitik bevorstehen. Aber die Rechte sitzt trotzdem noch viel zu fest im Sattel, als daß von Labourseite der Anstoß zu einem Umschwung der britischen Politik zu erwarten wäre.

Von der *französischen Sozialdemokratie* schweigt man lieber; die neue sozialistische Linke aber ist unter der Diktatur de Gaulle ebenso einflußlos wie die Kommunistische Partei und muß schon froh sein, wenn sie nicht ganz mundtot gemacht wird. Der Algerienkrieg kann so recht ungestört weitergehen.

In *Italien* preist man es schon als Fortschritt, daß sich die «neue» Regierung unter Fanfani nicht mehr auf die Faschisten zu stützen braucht. Allein, was ist sie denn mehr als der geschäftsführende Ausschuß des Dreibundes von Großkapital, Großgrundbesitz und Vatikankirche, der Italien beherrscht? Daß die (links-)sozialistische Partei unter Nenni ihr gegenüber nur neutral bleibt, statt zum Angriff vorzugehen, ist mehr als bedenklich.

Und vollends die *westdeutsche Sozialdemokratie*! Ihre Führung drängt so hemmungslos zur Regierungsmacht, daß sie allen sozialisti-

schen «Ballast» immer zynischer über Bord wirft und nahe daran ist, auch die Rüstungs- und Außenpolitik Adenauers und Straußens zu übernehmen. Ein offenbar nicht mehr aufzuhaltender moralischer Bankerott!

Was Adenauer bei seinen jüngsten Zusammenkünften mit de Gaulle und Macmillan wirklich verhandelt hat, ist freilich trotz der vielen Druckerschwärze, die darüber gewalzt wurde, noch immer höchst unklar. Den «kleineuropäischen» Plänen de Gaulles scheint jedenfalls weder in Bonn noch in London viel Begeisterung entgegengebracht zu werden, obwohl die Engländer froh wären, wenn diese Pläne mithelfen, ihre zollpolitische Absperrung gegenüber dem europäischen Festland zu durchbrechen. Fest scheint nur das eine zu stehen, daß Macmillan von seinen Koexistenzgelüsten abgebracht und ziemlich zuverlässig wieder in die antikommunistische Front eingegliedert worden ist.

Aber es ist eben noch nicht aller Tage Abend. Es ist vielmehr, um nochmals den Engländer Crossman anzuführen, recht wahrscheinlich, «daß, wenn die Richtung der Weltentwicklung klar wird und die kommunistischen Siege nicht mehr zu leugnen sind, ein tiefgreifender Umschlag einsetzen wird. Mehr und mehr werden unsere Völker aus ihrem behaglichen Überfluß herausgerissen werden. Mehr und mehr werden ihre Augen für die Bedrohung der demokratischen Werte geöffnet werden, die ihnen jahrelang von Regierungen verheimlicht wurde, welche planmäßig die privaten Profitmacher auf Kosten der öffentlichen Dienste und Unternehmungen zufriedengestellt haben. Und eines Tages wird Zorn an die Stelle der Selbstgefälligkeit treten . . .»

Die Kongo Krise Das Erwachen der Westvölker zur Erkenntnis der weltpolitischen Wirklichkeit wird natürlich besonders stark durch die Revolution der von ihnen so lange unterdrückten und ausgebeuteten Kolonialrassen gefördert werden. Ein sprechendes Beispiel dafür ist der Kongo. Es braucht hier nicht im einzelnen wiederholt zu werden, was dem Leser schon aus der Tagespresse und dem Radio geläufig ist, zumal sich die Lage im Kongo sozusagen von Tag zu Tag ändert und von hier aus gänzlich unübersichtlich geworden ist. Nur ein paar Tatsachen sollen rasch herausgehoben werden.

Einmal: Was die Belgier jetzt am Kongo erleben, das ist nur Gericht über die namenlosen Verbrechen, die sie seit 75 Jahren in ihrer riesigen afrikanischen Kolonie begangen haben — und zwar ein sehr mildes Gericht. Sie haben kein Recht, sich über die Ausschreitungen zu beklagen, die die Opfer ihrer Ausbeutungs- und Bevormundungspolitik und deren Nachkommen nun begehen, da sie plötzlich frei geworden sind. Dies um so weniger, als diese Ausschreitungen, wie

zuverlässig bekannt geworden ist, großenteils von belgischen Offizieren und Beamten selbst unmittelbar verschuldet, ja bewußt hervorgerufen wurden.

Sodann: Katanga. Die Südostprovinz des Kongo ist das industrielle Herz des Gesamtstaates. Seine Bergwerke fördern fast 10 Prozent des Kupfers in der Welt, 60 Prozent des Kobalts, alles Radium, viel Zink, Germanium, Kadmium und Edelmetalle. 50 bis 80 Prozent der Einnahmen der Kongoregierung stammten in den letzten Jahren aus dem Katanga. Die Abspaltung des Katanga wäre für die Republik Kongo eine Katastrophe. Aber für die belgisch-britischen Besitzer der Katanga-Bergwerke — für die Union Minière und ihre Tochtergesellschaften — wäre vielleicht das Verbleiben innerhalb des Gesamtstaates ebenfalls eine Gefahr. Schon 1953 schrieb der Amerikaner John Gunther in seinem Buch «Afrika von innen»: «Die Entstehung eines echten Industrieproletariats im Kongo könnte in fernerer Zukunft das Land für das Eindringen des Kommunismus anfällig machen. Das wäre ein übler Streich für die Union Minière und die belgische Regierung. Aber die handfesten Belgier sind sich darüber so klar wie nur irgend jemand, und das ist ein Grund dafür, warum sie ihr möglichstes tun, um die politische Entwicklung (zur Selbstregierung) auf ein Mindestmaß zu beschränken.»

Das war sehr kurzsichtig und rächt sich jetzt. Und auch die «Unabhängigkeitbewegung» des Herrn Tschombe, der bloß ein Strohmann der Union Minière und anderer «handfester Belgier» ist, wird auf weitere Sicht erfolglos bleiben, so starke Finanz- und Militärkräfte auch jetzt am Werk sind, um das «Selbstbestimmungsrecht» des Katanga — lies: die kapitalistischen Gewinne der dortigen Bergwerksunternehmungen — gegen die «herrenlosen Verbände» der zentralkongolesischen Streitkräfte zu verteidigen, «die sich bisher ausschließlich im Meutern bewährt haben» («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2882). Auf jeden Fall muß man dem kühnen Unternehmen, das die Vereinten Nationen begonnen haben, um die belgischen Truppen durch von der UNO aufgebotene Streitkräfte zu ersetzen und damit nicht nur den Sonderbündlern im Katanga ihren Rückhalt zu nehmen, sondern auch im ganzen übrigen Kongo halbwegs Ordnung zu schaffen — diesem Unternehmen muß man den größten Erfolg wünschen. Die Vorwürfe, mit denen der geduldige, von besten Absichten beseelte UNO-Generalsekretär Hammarskjöld jetzt von der Kongoregierung und von der Sowjetunion überschüttet wird, sind sehr ungerecht. Nur muß man sich darauf gefaßt machen, daß die UNO hier vor einer sehr langwierigen Aufgabe steht. Man spricht von mindestens fünf Jahren; manche rechnen sogar mit Jahrzehnten. Setzt sich die UNO hier durch, so hat sie Aussicht, zu einer Friedenskraft ersten Ranges in der Welt zu werden.

Die kubanische Revolution

Neben dem Kongo ist gegenwärtig Kuba ein Hauptbrennpunkt der ungeheuren sozialen Umwälzung, die die unterentwickelten Völker dreier Erdteile erfaßt hat. Und wie in die kongolesische, so spielt auch in die kubanische Revolution der Gegensatz zwischen den beiden großen Machtblöcken des Westens und des Ostens bedrohlich stark herein, obschon sowohl der Kongo als Kuba entschlossen sind, sich von diesem Gegensatz fernzuhalten. Um so willkommener ist es, daß wir jetzt eine gründliche Darstellung der kubanischen Umwälzung haben, die uns ihr Wesen und ihre Hintergründe zuverlässig erschließt. Es ist ein Sonderheft der Neuyorker «Monthly Review» (Juli-August 1960), das zu einem richtigen Buch von 173 Seiten ausgewachsen ist und auf einer Studienreise der beiden Redaktoren Leo Huberman und Dr. Paul Sweezy beruht. («Cuba. Anatomy of a Revolution», auch in Buchform erschienen im Verlag der «Monthly Review», 66 Barrow Street, New York 14.) Als Ergänzung und zum Teil Richtigstellung dessen, was ich schon bisher über Kuba hier gesagt habe, seien die folgenden gedrängten Feststellungen geboten.

Was man vor allen Dingen wissen muß, das ist, daß die kubanische Revolution eine ausgesprochene *Landarbeiterrevolution* ist. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden Kubas war bis vor ganz kurzem in verhältnismäßig wenigen Großbesitzerhänden zusammengespannt. Nach der letzten Zählung umfaßten 114 Güter, nicht einmal 0,1 Prozent der Gesamtzahl, über 20 Prozent allen Bodens; 8 Prozent Großgüter umfaßten über 71 Prozent des Bodens. Die kleinen Güter, das waren 39 Prozent aller Betriebe, nahmen nur 3,3 Prozent der Bodenfläche ein. Mehr als die Hälfte des bebauten Bodens von Kuba war von Zuckerrohrpflanzungen bedeckt; Tabak und Kaffee spielten eine geringere Rolle. Die Zuckerproduktion — meist in nordamerikanischem Besitz — beherrschte so weitgehend und einseitig Kubas Wirtschaft, daß dieses Land — eines der reichsten Ackerbaugebiete der Welt — sich nicht einmal selbst ernähren konnte!

Die Zuckerplantagen und Zuckerraffinerien beschäftigten im Jahr 1953 fast den vierten Teil (23 Prozent) aller im Lohnverhältnis stehenden Arbeitskräfte Kubas. Und zwar entfielen auf je einen Besitzer oder Pächter im Durchschnitt drei Landarbeiter, die meistens auf den Riesengütern beschäftigt waren. «Beschäftigt» — das heißt hier: sie hatten nur drei bis vier Monate im Jahr Arbeit und Verdienst, ist doch der Zuckerrohranbau ein ausgesprochenes Saisongewerbe. Die übrige Zeit des Jahres waren sie erwerbslos und führten ein Hunger- und Elendsdasein, vernachlässigt in jeder Weise, ohne irgendwie genügende Schulbildung (rund 30 Prozent der Kinder von sechs und mehr Jahren gingen im Jahr 1953 überhaupt nicht in die Schule und ebensoviel nur höchstens drei Jahre lang), in ganz mißlichen Wohnverhältnissen, allen Krankheiten und frühem Tod ausgesetzt. Auch

die katholische Kirche nahm sich dieser Proletarierbevölkerung so gut wie nicht an. Die industriellen und gewerblichen Arbeiter waren besser dran, lebten aber ebenfalls unter Bedingungen, wie wir sie uns so untermenschlich kaum richtig vorstellen können.

Das kubanische Proletariat und ganz besonders das Landproletariat war somit, objektiv gesehen, reif zur Revolution. Zusammen mit anderen Volksgruppen trug es denn auch die revolutionäre Bewegung zum Sieg, die das verfaulte kapitalistisch-feudalistische Regime Batista stürzte und am 1. Januar 1959 unter der Führung Fidel Castros das neue Regime aufrichtete. Die entscheidende Kraft der Bewegung war die revolutionäre *Armee*, die sich 1956 zuerst in der Sierra Maestra gebildet hatte. Es war in der Hauptsache eine Bauernarmee — «Bauern» im kubanischen Sinn genommen, also vorwiegend besitzlose Landarbeiter. Drei Viertel bis vier Fünftel der Soldaten waren Bauern; geringer war natürlich der bäuerliche Anteil bei den Offizieren, die aber ebenfalls mehrheitlich der Landbevölkerung entstammten, bis in die höchsten Ränge. (Der oberste Grad in der Revolutionsarmee ist Comandante, unserem Major entsprechend.) Die Tatsache, daß die neue kubanische Armee echt revolutionären, und zwar agrarrevolutiönen, Charakter trägt, unterscheidet sie grundlegend von den Armeen, die sonst in Lateinamerika die Revolutionen machen und meist nur die Werkzeuge einer besitzbürgerlichen Gruppe oder Partei in ihrem Kampf gegen die andere, die jeweils an der Herrschaft befindliche, sind.

Der erklärte, unbestrittene Führer der kubanischen Revolutionsarmee und damit auch des neuen Regimes selber war und ist *Fidel Castro*. Selbst der Sohn eines ziemlich großen Grundbesitzers, hat er ein so intuitives Verständnis für die Bedürfnisse des einfachen Volkes und ein so leidenschaftliches Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und Freiheit, daß er, im Verein mit seiner wissenschaftlichen Schulung und seiner strategischen Begabung, ganz von selbst zum Haupt der Aufstandsbewegung wurde. Die Verfasser unseres Buches zögern nicht, Fidel Castro einen der genialsten Revolutionsführer aller Zeiten zu nennen. Er ist heute 34 Jahre alt. «Als er von den Bergen herabkam, um die Machtergreifung im ganzen Lande zu vollenden, bestand zwischen dem Führer und den Bauernoffizieren und -soldaten, die nach seinen eigenen Worten ‚die Blüte und das Herz‘ der Armee ausmachten, ein wahrhaft höchst bemerkenswertes Verhältnis von Solidarität, Vertrauen und Verständnis. Von dem, was seither in Kuba geschehen ist, kann man nichts richtig verstehen, wenn man diese grundlegende Tatsache aus den Augen verliert.»

Die große Reform Während des Bürgerkrieges war die Revolutionsarmee Regierung, Militärmacht und politische Partei in einem. Nach dem Sieg begann dann sofort der Umbau

des ganzen Wirtschafts- und Staatswesens in mehr oder weniger normalen Formen. Die Aufgabe war und ist gewaltig. Es geht um nichts Geringeres als um die Überwindung der Massenarmut, besonders auf dem Land, um eine gerechtere Verteilung der Güter dieses Lebens, um die Beseitigung des Hungererends, um die Hebung der Volksgesundheit und der Volksbildung, um die Ermöglichung einer ausgeglichenen Volkswirtschaft, die nicht vom Gedeihen oder Verderben eines einzigen Produktionszweiges — der Zuckerindustrie — abhängt, aber auch um die Wiedergutmachung der Schäden, die das korrupte Regime Batista und der Bürgerkrieg verursacht haben. Konnten sich die «jungen, unerfahrenen Männer», die an der Spitze der Revolution standen, an diese Riesenaufgabe mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg wagen?

Sie konnten es. Sie hatten wohl keine Erfahrung in den verächtlichen Praktiken des alten Regimes, aber sie hatten eine brennende Leidenschaft für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Sauberkeit, waren offen für technischen Rat und Beistand aller Art, den sie suchten und erhielten, und entwickelten bald eine derartige eigene Meisterung der wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die die Revolution stellte, daß an *diesem* Problem das neue Regime auf keinen Fall scheitern wird. Im Mittelpunkt stand von allem Anfang an die *Landwirtschaftsreform*. Im Mai 1959 wurde das Agrargesetz in Kraft erklärt, das die Grundlage nicht nur für die Umgestaltung der Landwirtschaft, sondern für die Erneuerung und Gesundung der ganzen Volkswirtschaft bildet. Es ist keineswegs brutal-konfiskatorisch. Die Grundbesitzer dürfen bis tausend Acres (ungefähr unseren Jucharten entsprechend) weiterhin behalten, sofern sie ihren Betrieb selber leiten. Als Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie wird ein Gut von 66 Acres erklärt. Was über (normalerweise) tausend Acres hinausgeht, wird gegen Entschädigung (staatliche Schuldverschreibungen mit 20jähriger Laufzeit und 4½ Prozent Zins) enteignet und entweder ungeteilt landwirtschaftlichen Genossenschaften zugewiesen oder an Einzelbauern verteilt. Die Durchführung des Gesetzes liegt in den Händen des Nationalinstituts für die Landwirtschaftsreform (INRA), das außerordentlich große Vollmachten hat und, wie vorhin angedeutet, auch die Industrialisierung Kubas nach neuen Richtlinien leitet.

Das besondere Merkmal der kubanischen Agrarreform ist nun, daß über die Begrenzung und Enteignung des Großgrundbesitzes hinaus die INRA nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht hat, wenn immer möglich landwirtschaftliche Genossenschaften zu begründen. Das stellt einen eigentlichen Bruch mit den herkömmlichen Grundsätzen radikaler Bodenreform dar, war doch von der Französischen Revolution über die Landaufteilungsgesetze im zaristischen Russland, in der jungen Sowjetunion und im übrigen Osteuropa bis zur chinesischen Revolution das Vorgehen so, daß zuerst das den Großgrund-

besitzern weggenommene Land an die Masse der Kleinbauern und Pächter verteilt wurde, worauf später landwirtschaftliche Genossenschaften einfachen Stils folgten, die dann mehr oder weniger schnell und gewaltsam in solche mit völligem Gemeineigentum und gemeinsamer Bodennutzung umgewandelt wurden. Auch in Kuba erwog man anfänglich diesen Weg. Wenn er dann doch nicht eingeschlagen, vielmehr vom Großgrundbesitz unmittelbar und sofort zu vollkollektivierten Genossenschaften übergegangen wurde, so ist das vor allem Fidel Castro zu verdanken, der — wie sich zeigte mit Recht — überzeugt war, daß die kubanischen Bauern und Landarbeiter für diese Form des Landwirtschaftsbetriebes bereits reif waren. Ganz bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß die Verfasser unseres Buches einmal eine Gruppe von Genossenschaftsbauern fragten, ob sie denn nicht lieber eigenen Grund und Boden hätten, aber zunächst von den Männern einfach nicht verstanden wurden. Als diese schließlich begriffen, sagten sie, daß ihnen privater Landbesitz gleichgültig sei, daß sie vielmehr vor allem bessere Wohnungen, mehr Schulen und ständige Arbeit wollten. Fidel Castros Entscheidung für die Vollgenossenschaften stellt wirklich einen Wendepunkt in der kubanischen Revolution dar, wie Huberman und Sweezy bemerken. Und soviel man bisher überhaupt sehen könne, habe die Landwirtschaftspolitik des neuen Regimes der kubanischen Landbevölkerung einen gewaltigen Fortschritt wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art ermöglicht. «Wenn man sagt, die Genossenschaften seien ein Erfolg, so ist das mild, aber ungenügend ausgedrückt. Wahrheit ist, daß es wahrscheinlich nie eine große gesellschaftliche Reform in irgendeinem Land und zu irgend einer Zeit gegeben hat, die begeisterter aufgenommen worden wäre oder schönere Früchte getragen hätte als die Landwirtschaftsreform in Kuba.»

Kommunismus? Die Industriereform geht naturgemäß viel langsamer vor sich, zumal die Schaffung neuer Industrien. Bisher bestand die Tätigkeit des neuen Regimes vor allem in der Nationalisierung der bereits vorhandenen Industrien, die größtenteils in nordamerikanischen Händen waren. Das hat begreiflicherweise in den Vereinigten Staaten sehr böses Blut gemacht und dazu geführt, daß Kuba jetzt als dem Kommunismus verfallen erklärt wird und mit Hilfe der Organisation der Staaten des amerikanischen Kontinents in Acht und Bann getan worden ist. Aber deswegen ist Kuba noch lange kein kommunistischer Brückenkopf auf der westlichen Halbkugel, auch wenn es notgedrungen bei der Sowjetunion und bei China wirtschaftliche und vielleicht politische Unterstützung suchen muß. Tatsache bleibt, daß, wie Huberman und Sweezy feststellen, in Kuba «zum erstenmal eine echte sozialistische Revolution von Nichtkommunisten gemacht wurde». Die Abstempelung des neuen Kuba als ver-

rucht kommunistisch hat ja auch nur den Zweck, eine gegenrevolutionäre Bewegung zu rechtfertigen, die die alten schönen Zustände in dem fruchtbaren Inselland wiederherstellen soll. Das ist allerdings nicht so einfach. Das revolutionäre Regime ist im kubanischen Volke selbst schon viel zu stark verankert, und, wie vor sechs Jahren gegen Guatemala, eine gegenrevolutionäre Söldnertruppe von einem Nachbarstaat aus gegen Kuba auf die Beine zu bringen, verspricht von vornherein keinen Erfolg. Ein offenes militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten selbst aber wäre psychologisch und internationalpolitisch ein derart gewagtes Abenteuer, daß man davor in Washington mindestens während des Präsidentschaftswahlkampfes zurückschreckt.

Die nordamerikanische Politik hat kürzlich ohnehin einen empfindlichen außenpolitischen Rückschlag in Laos erlitten, dem indochinesischen Königreich, das entgegen dem Volkswillen, wie er bei den Wahlen von 1957 zum Ausdruck kam, und entgegen dem Genfer Vertrag von 1954 über die Beendigung des Krieges in Indochina durch einen militärischen Staatsstreich ein richtiggehender Satellit und Kostgänger der Vereinigten Staaten geworden war, jetzt aber nach einer neuen Militärrevolte seine Neutralität gegenüber beiden Machtblöcken erklärt hat. Und auch das neue Regime in Südkorea scheint sich von Amerika zu entfernen und eine neutralistische Linie — mit Annäherung auch an China — einzuschlagen zu wollen. Kann sich da die Regierung Eisenhower auch noch einem Mißerfolg in Kuba aussetzen? Es ist schwer zu glauben. Die kubanische Revolution dürfte so Zeit gewinnen, um sich mehr und mehr zu befestigen und in den lateinamerikanischen Ländern allmählich derartige Sympathien zu erlangen, daß ein Gewaltstreich gegen sie immer aussichtsloser wird. Sie ist wirklich, wie die Verfasser des von uns benützten Buches feststellen, «eines der großen geschichtlichen und prophetischen Ereignisse unserer Zeit», und ihre Ausstrahlungen werden sich gewiß auch in der großen Weltpolitik mehr und mehr bemerkbar machen.

2. September

Hugo Kramer